



Krise – Konflikt – Krieg

Syrien heute – ein Beispiel für multiple Kollisionen von Interessen

Dr. Klaus Olshausen

Januar 2013

Zusammenfassung

In der Folge des „arabischen Frühlings“ seit März 2011 hat sich in Syrien ein verlustreicher Bürgerkrieg entwickelt, den das Assad-Regime mit großer Brutalität gegen Opposition, Rebellen und Zivilbevölkerung führt. In einer Situation, wo der eine den anderen im Gegen-Handeln weiter bis zum Äußersten drängt, ist einer Minimierung ziviler Kollateralschäden die Grundlage entzogen.

Die Internationale Gemeinschaft, an der Spitze der VNSR handelt unentschlossen und bleibt ohne Wirkung bei der Eindämmung der Gewalt. Rund um das Kerngebiet der Krise reihen sich viele Akteure mit eigenen Interessen: direkte Nachbarstaaten, weitere regionale Mächte, einschl Arab. Liga, internationale Organisationen, VN/VNSR, EU, NATO, aber v.a. die Großmächte USA, Rußland und China, zusätzlich einige Mittelmächte, wie z.B. Frankreich.

Einsichten und Methoden des Soldaten und Philosophen Carl von Clausewitz bieten für diese komplexe, komplizierte und dynamische Krise, ja Krieg Ansätze einer Analyse zur Erklärung und Bewertung sowie Beratung für weiteres Handeln. Exemplarisch werden auf ausgewählte Akteure einige Hauptlineamente seiner betrachtenden Theorie angewandt: Die Erkenntnisse von Handeln und Gegen-Handeln als dynamische, „lebendige Reaktion“; der notwendige Gesamtüberblick als Basis für sinnvolles Handeln; die Zweck-Ziel-Mittel Relation auf verschiedenen Handlungsebenen; das Anwenden der Einsicht, dass der Krieg seine Natur nach Inhalt, Form und Gestalt dynamisch ändern kann; die grundlegenden Tendenzen der ursprünglichen Feindschaft, des Raumes von Wahrscheinlichkeiten und Zufällen sowie des „politischen Werkzeugs“ und schließlich die Einordnung des Krieges in das gesellschaftliche Leben, als „ein Konflikt großer Interessen, der sich blutig löst“.

Die beispielhafte Anwendung auf Akteure in Syrien, die Türkei, die USA, Rußland, Frankreich und die EU läßt erkennen, dass ein systematisches Vorgehen dieser Art analytisch eine Reduktion von Wirklichkeit ermöglicht, die zum Verstehen des Geschehens, zur Entwicklung von Perspektiven für eigenes Handeln und damit zur Beratung der Akteure auf unterschiedlichen Ebenen dienen kann.

Die Ereignisse in und um Syrien werden Entwicklungen hervorbringen, die wir nicht voraussagen können. Aber „im beständigen Streit mit dem Unerwarteten“ kann eine Regierung in kontinuierlicher Beurteilung der Lage, z.B. Deutschland, ihre politischen Zwecke überprüfen, wo geboten anpassen, dann erreichbare Ziele setzen und diese mit zumindest hinreichenden nicht-militärischen und ggf. militärischen Mitteln im Konzert mit Verbündeten, Partnern, der internationalen Gemeinschaft und den Akteuren im Bürgerkrieg selbst zielstrebig und standhaft verfolgen.



Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.

Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen ist Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Er war zuletzt Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.



Dr. Klaus Olshausen



ANALYSE

Einleitung

Seit März 2011 hat sich im beginnenden sog. „arabischen Frühling“ aus der nach Freiheiten rufenden Opposition gegen das repressive Assad-Regime ein äußerst verlustreicher Bürgerkrieg entwickelt. Dabei hat Baschar al Assad sehr früh, wenn nicht von Anfang an, die gewaltsame Unterdrückung jeder Opposition betrieben. Innerhalb und außerhalb der Opposition haben sich daraufhin inzwischen zahlreiche Rebellengruppierungen – auch eine „freie syrische Armee“ – gebildet, die sich mit unterschiedlichen Mitteln der Gegen-Gewalt zu widersetzen versuchen und letztlich den Sturz des Assad-Regimes als (erstes) Ziel verfolgen. Und seit dem 11. November 2012 besteht eine Nationalkoalition für das „neue Syrien“, die die Mehrzahl der Oppositions-/Widerstandsgruppen einschließt.

Seit Beginn dieser Entwicklung ist die internationale Staatengemeinschaft, v.a. im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VNSR), zu keinem geschlossenen, entschlossenen und wirksamen Handeln gegen das Vorgehen von Assad in der Lage.

Für die dynamische, komplexe und vielfältig komplizierte Entwicklung der vergangenen zwei Jahre ergeben sich ebenso unterschiedliche wie gegensätzliche Analysen beteiligter Akteure und der ihr Handeln leitenden Faktoren.¹

Dabei ist von wesentlicher Bedeutung zu erkennen, dass neben den handelnden Akteuren in Syrien selbst sowohl Nachbarstaaten und weitere benachbarte Akteure als auch regionale Mächte und Mächtekonstellationen auf die Entwicklung Einfluss nehmen. Dieses Gewebe von Handelnden wird zusätzlich vermascht durch Staaten außerhalb der Region, insbesondere die Großmächte USA und Russland, aber auch China sowie – direkt und mit der Türkei – z.B. Frankreich.

Solche unübersichtlichen Wirklichkeiten machen es verständlich, dass Analysten in Wissenschaft und Politikberatung sich nach Theorien oder Erklärungsmustern umsehen, um diese Wirklichkeit analytisch zu reduzieren und so Einflussfaktoren zu identifizieren, die zur Erklärung des Geschehenen, aber auch zur Beratung für weiteres Handeln von Akteuren dienlich sein können.

Zwei dieser Versuche seien hier kurz skizziert, um dann mit den Einsichten und Methoden von Carl von Clausewitz einen eigenen Erklärungs- und ggf. Beratungsweg aufzuzeigen.

Ein geostrategischer Deutungsversuch

In der FAZ vom 25.07.12 hat der Historiker Hans-Christof Kraus den Blick von einer menschenrechtsgetriebenen Sichtweise gegen das brutale Vorgehen des Assad-Regimes auf geostrategische Ordnungsvorstellungen gerichtet. Er beginnt mit kurzen Hinweisen auf die geopolitischen Maximen einerseits des Amerikaners Alfred T. Mahan (1840 –1914) mit der „Unangreifbarkeit global agierender Seemächte“ und andererseits des Briten Halford Mackinder (1861 – 1947) mit der „Unterlegenheit der maritimen Weltmächte“. Die Gedanken des letzteren zum Vorteil des Großkontinents Europa – Asien – Afrika wegen des überwiegenden Anteils an der

¹ Beispielhaft: Bernard-Henry Lévi: Die Sache ist gerecht, DIE ZEIT, Nr. 34 vom 16.08.12; Jürgen Todenhöfer: Die syrische Tragödie, FAS Nr. 7, 19.02.12



Weltbevölkerung und der auf der Erde verfügbaren Ressourcen münden in der sog. „Herzland“-Theorie. Danach könnten die angelsächsischen Seemächte nicht mehr als künftige Herrscher der Welt agieren sondern eher diejenige Macht/Mächtegruppierung, die dieses „Herzland“ vollständig kontrollieren könnte. In der Abwendung einer solchen Entwicklung sieht er den wesentlichen Grund für den Kampf Amerikas und Großbritanniens gegen die beiden auf das „Herzland“ zielenden Achsenmächte Deutschland und Japan.

Diesen Blick auf geostrategische Weltordnungsparameter setzt er mit zwei weiteren fort, die er dann zur Erläuterung der amerikanischen und russischen Politik im Fall Syrien heranzieht.

Zum einen die Aussagen von Nicholas Spyckman (1893 – 1943), der den Blick vom Herzland des Großkontinents auf das „Randland“ (rimland) richtet, das von Skandinavien über Mittelosteuropa, die Türkei, die arabischen und vorderasiatischen Länder und Indien bis hin nach Indonesien, Ost- und Nordchina und Korea reicht. Wer, so Spyckman, diese kontrolliere, sei der „Herr der Erde“ oder könne doch anderen Mächten, auch traditionellen Seemächten, seinen Willen aufzwingen. Es seien, so Kraus, u.a. diese Analysen gewesen, die wesentlich eine Staatsräson der USA nach 1945 geprägt haben, weg von Isolationismus hin zu aktiver Weltpolitik, insbesondere in jener breiten „Randland“-Zone zwischen Finnland im Westen und Korea im Osten.

Die geopolitisch-völkerrechtliche Gegentheorie erkennt Kraus in einer erneuerten Form der Monroe Doktrin und nutzt dafür den Titel einer Schrift von Carl Schmitt (1888 – 1985): *„Völkerrechtliche Großraumordnung und Interventionsverbot für raumfremde Mächte“*.

Kraus braucht diesen langen Vorlauf, um nun mit Blick auf Syrien einerseits festzustellen, dass die USA ein solches Interventionsverbot außerhalb der amerikanischen Hemisphäre weder anerkannt noch respektiert haben, wenn es gegen eigene Interessen gerichtet war.

Andererseits sähen sich die Russen – und mit Ihnen die Chinesen – in einem gemeinsamen Kondominat über den südasiatischen Raum und so könne, laut Kraus, ihr dreimaliges striktes Nein im Sicherheitsrat gegen ein Eingreifen westlicher Mächte in Syrien sehr wohl als ein wenigstens angedeutetes Interventionsverbot für raumfremde Mächte, v.a. der USA angesehen werden.

Diese, so Kraus weiter, könnten ein solches Verbot kaum akzeptieren und diese Regionen des „Randlandes“ nicht ihrem Schicksal – schon gar nicht den beiden asiatischen Weltmächten überlassen. Er beendet seinen Beitrag mit dem Hinweis, dass die Würfel noch nicht gefallen seien. Aber man könne an Ausmaß, Verlauf und bald eintretenden Folgen des Syrienkonflikts die gegenwärtige Verteilung weltpolitischer Machtpotentiale ablesen.

Ein faktorenorientierter pluraler Deutungsversuch

Diesem, auf die Weltmächte und geostrategische Theorien konzentrierten Erklärungsversuch, erteilen Pia Fuhrhop und Markus Kaim in einer direkten Replik (FAZ Nr. 197, 24.08.12) eine unnachgiebige Absage. Sie konstatieren, dass Handeln und Nichthandeln externer Mächte in der komplizierter gewordenen Welt des 21. Jahrhunderts nicht mit geopolitischen Analysen des frühen 20. Jahrhunderts ergründet werden könne. Dabei schießen sie allerdings über das Ziel hinaus, wenn sie geopolitische Analysen auf das Zeitalter des Imperialismus und Kolonialismus mit seinem Balancestreben zwischen Großmächten und dem Vorrang des Staates in der internationalen Politik einschränken wollen. Sie begründen dies damit, dass militärische Interventionen von



Großmächten nicht mehr zur dauerhaften Kontrolle von Territorien geführt werden, Großmachthandeln heute durch internationale Normen – wenn auch lückenhaft – bisweilen doch wirksam begrenzt werde und schließlich nichtstaatliche Akteure eine immer größere Rolle in der internationalen Politik spielen.

Mit fünf Thesen wollen sie zeigen, dass Ansätze der Geopolitik (wohl à la Mackinder/Spyckman) für eine so ernste und vielgestaltige Krise wie in Syrien kein nützliches Analyseinstrument seien.

1. Heute spielen die regionalpolitischen Determinanten neben und für das Handeln der Großmächte eine nicht zu unterschätzende Rolle. Staaten der Region (z.B. Katar, Saudi-Arabien, Iran) haben eigene Interessen, agieren nicht als reine Stellvertreter und werden für die politische Ordnung in Syrien und der Region wahrscheinlich wichtiger sein als Peking, Moskau und Washington.
2. Die Konfliktlinien in Syrien zeigen, dass neben Staaten v.a. Bürger gegen eine bestehende repressive Ordnung aufstehen und dass mit Hervortreten des Konflikts z.B. zwischen sunnitischer und schiitischer Bevölkerung die Bedeutung transnationaler Gruppierungen für den Nahen und Mittleren Osten steigt. Die Großmächte müssen diesen unterschiedlichen Ordnungsvorstellungen Rechnung tragen, wenn sie eigenen Einfluss in Syrien/der Region geltend machen wollen.
3. Neben der regionalen und innersyrischen Dynamik wird über ein Machtgleichgewicht der Großmächte nicht mehr nach den Kategorien der Balance im Kalten Krieg entschieden. Vielmehr werden alle drei Instrumentenfelder – Zivilmacht, Militärmacht, Wirtschaftsmacht – in die Waagschale zu werfen sein, wenn es darum geht, den innersyrischen Bürgerkrieg und die nachfolgende Ordnung des Landes und der Region zu beeinflussen.
4. Die amerikanische Haltung zu militärischen Interventionen hat weniger mit Geografie oder Raumordnungen zu tun als mit den innenpolitischen Gegebenheiten. Die Dynamik des Präsidentschaftswahlkampfes, die wirtschaftliche Rezession, große Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung und der Eliten erschweren ein militärisches Eingreifen selbst dann, wenn, wie in Syrien, amerikanische Sicherheitsinteressen berührt sind. Abwesender internationaler Konsens und Fehlen eines seriösen syrischen Kooperationspartners lassen ein Gewinnen öffentlicher Unterstützung in den USA kaum möglich erscheinen.
5. Internationale Normen begrenzen und ermöglichen Großmachthandeln der Weltpolitik. Libyen sei ein Beispiel, dass auch China und Russland nicht (mehr) grundsätzlich eine Intervention im Sinne der Schutzverantwortung ablehnen. Die Skepsis in Russland und China gegenüber humanitären Interventionen würde nicht bedeuten, dass sie einer möglichen westlichen Intervention (militärisch) entgegentreten. Andererseits stellt auch die Regierung Obama Normen in Rechnung, wenn sie sich um die Legalisierung des Handelns durch eine Resolution des VNSR bemüht.

Fuhrhop und Kaim wollten erklärterweise keine umfassende Analyse der Krise in und um Syrien vornehmen, sondern das rein geostrategische Element von Kraus als **das** Erklärungsmodell des Handelns der Großmächte entkräften. Und sie haben dazu eine Reihe von Facetten der heutigen Lage angerissen und beschrieben.

Dass diese komplexe dynamische Entwicklung in und um Syrien mit Einsichten und Methoden eines Soldaten und Philosophen des frühen 19. Jahrhunderts nüchtern und sachlich analysiert werden kann, wird im Folgenden versucht werden aufzuzeigen.



Die Syrienkrise, ein Deutungsversuch mit den Einsichten und Methoden von Carl von Clausewitz

Bei diesem Vorgehen wird akzeptiert, dass diese Krise durch besonders dynamische, komplexe Entwicklungen auf unterschiedlichen Handlungsebenen und in verschiedenen Handlungsrahmen gekennzeichnet ist. Wie beim „kriegerischen Handeln“ ist auch in dieser Krise die „lebendige Reaktion“, d.h. die Wechselwirkung von Handeln und Gegen-Handeln (mit)bestimmend, und dies bei zahlreichen Akteuren, die auf geografisch, funktional und institutionell verschiedenen Handlungsebenen tätig werden. Berücksichtigt man die Erkenntnis von Clausewitz, wonach „die Wirkung, welche irgendeine Maßregel auf den Gegner hervorbringt, das Individuellste ist, was es unter allen Datis des Handelns gibt“ (S. 108²), wird offensichtlich, was das bei einem ganzen Bündel von zum Teil gemeinsam, zum Teil unabhängig und zum Teil gegeneinander Handelnden für die eigene Urteilsfähigkeit in Analyse wie Aktion bedeutet.

Bezeichnet man die Vorgänge in Syrien selbst als das Kerngebiet der Krise, dann reihen sich darum

- die direkten Nachbarstaaten,
- weitere regionale Mächte, dabei institutionell die Arabische Liga, sodann
- im internationalen Rahmen die Vereinten Nationen (VN), v.a. mit dem Sicherheitsrat (VNSR), die Europäische Union (EU), aber dann auch und insbesondere
- die Großmächte, v.a. die USA, Russland und China, aber auch einige Mittelmächte, wie z.B. Frankreich mit eigenen Interessen und Handlungsoptionen.

Um dieses Krisengeflecht analytisch zu durchdringen, können die Einsichten und Methoden von Carl von Clausewitz eine sinnvolle Vorgehensweise nahelegen.

1. Dabei bildet das schon erwähnte Element der „lebendigen Reaktion“ in dieser Krise auf mehreren Ebenen, die sich auch gegenseitig beeinflussen, eine wichtige Rolle. Das Handeln/Nichthandeln und das Gegen-Handeln lassen sich als Analysekatgorie auf die einzelnen Akteure und Akteursgruppen anwenden.
2. Da das Urteil über die anhaltende Krise und das sinnvolle eigene Handeln „nur aus dem Gesamtüberblick aller Verhältnisse entstehen kann“ (S. 659), bieten sich die Schritte einer Lagebeurteilung an, wie sie Clausewitz im achten Buch „Vom Kriege“ erläutert. Diese wird um so komplexer, aber auch notwendiger, als in der Krise um Syrien eine Mehrzahl gegnerischer Akteure auftritt, die jeweils verschiedene örtliche, regionale, aber auch geopolitisch wichtige Verbündete haben. Das bedeutet, dass unter den Gegebenheiten einer wesentlich globalisierteren Welt die politischen Verbindungen anderer Staaten/Akteure und die Wirkung eigenen Handelns in der Krise auf diese mit betrachtet werden müssen.
3. Für alle Akteure/Akteursgruppen kann die systematische Abklärung der Zweck – Ziel – Mittel Relationen, die im Werk von Clausewitz eine zentrale Bedeutung haben, erhellen, ob Zwecke benannt und Ziele verfolgt werden sollen, für die die vorhandenen Mittel nicht adäquat sind, nicht ausreichen oder wo der Wille fehlt, verfügbare Mittel tatsächlich einzusetzen.
4. Wenn Clausewitz nach seiner begrifflichen Klärung des absoluten Krieges und der Analyse der realen Kriege in der wirklichen Welt, festhält: „Der Krieg ist ... ein wahres Chamäleon weil er in jedem Falle seine Natur

² Alle Angaben zum Werk von Clausewitz sind aus Carl von Clausewitz, Vom Kriege, Ullstein Verlag, 4. Auflage, 2003, 736 S.



etwas ändert“ (S. 48), dann gilt dies für krisenhafte Entwicklungen wie in und um den blutigen syrischen Bürgerkrieg in noch stärkerem Maße. Das kann am Verlauf der Krise seit dem Frühjahr 2011 anschaulich dargestellt werden.

5. Zur Analyse der besonders aktiven, auch gewichtigen agierenden staatlichen und nichtstaatlichen sowie internationalen Akteure, aber ebenso für die wenig aktiven, eher deklaratorisch auftretenden kann das Untersuchen der Elemente ursprünglicher Feindschaft, des Raumes von Wahrscheinlichkeiten und Zufällen sowie des politischen Werkzeugs mit rationalem wie irrationalem Handeln wichtige Einschätzungen und Perspektiven für deren künftiges Vorgehen ergeben. Clausewitz fasst diese im Kriege – und wir sagen auch in der konfliktreichen Krise – „herrschenden Tendenzen“ als „wunderliche Dreifaltigkeit“ zusammen.
6. Für das Verständnis dieser Krise ist auch bedeutsam, dass Clausewitz den Krieg nach umfangreichen Überlegungen als wesentlichen Teil des gesellschaftlichen Lebens zuordnet; er ist „ein Konflikt großer Interessen, der sich blutig löst und nur darin ist er von den anderen verschieden“. Und wer würde den blutigen Bürgerkrieg in Syrien nicht als einen Konflikt großer gesellschaftlicher Interessen einordnen.

Diese wenigen Hinweise machen deutlich, dass jeder einzelne Akteur, aber auch die Gesamtlage damit untersucht und beurteilt werden können, um zusätzliche perspektivische Orientierungen für absehbare Entwicklungen zu entwickeln.

Im Folgenden kann diese Vorgehensweise nur exemplarisch aufgezeigt werden, da eine Betrachtung aller Akteure den Rahmen dieses Beitrags sprengen würde.

Neben den Großmächten USA und Russland wird das Verhalten der Türkei als betroffener Nachbar, sowie das Vorgehen der EU und beispielhaft Frankreichs dargestellt werden.

Syrien im Bürgerkrieg

An vorderster Front des Konflikts stehen allerdings das Assad Regime und die Opposition mit den verschiedenen Rebellengruppen, die dem brutalen Vorgehen des Regimes mit Gegengewalt (bei ungleichen Mitteln) entgegenwirken und seinen Sturz herbeiführen wollen.

Das Regime wie die Rebellen werden von Leidenschaft, ja Hass zum Handeln motiviert. Beide kalkulieren die Wahrscheinlichkeiten für das Erreichen ihres politischen Zwecks (Machterhalt durch Zerschlagung der Rebellen, Sturz des Regimes als Voraussetzung für eine neue politische Ordnung) und daraus folgend die jeweiligen Ziele für die nichtmilitärischen sowie militärischen/gewalttätigen Mittel, die sie zur Anwendung bringen können.

Insbesondere bei den oppositionellen Gruppen haben sich seit Beginn der Krise erhebliche Verschiebungen, ja drastische Veränderungen ergeben. Von den Demonstrationen für mehr Freiheiten und Mitbestimmung im eigenen Staat haben sich vor allem religiöse Unterschiede zu neuen Konfliktlinien verdichtet, die die Gewalt befördern. Das gilt insbesondere für die Beteiligung extremistischer Islamisten, wie Terrorgruppen um Al Qaida.

Hier bedarf es wichtiger Aufklärung und nachrichtendienstlicher Arbeit, wenn die von außen einwirkenden Akteure ein für ihre eigenen Maßnahmen in dieser Krise möglichst zutreffendes Lagebild über veränderte Zwecke, Ziele und verfügbar gemachte Mittel erstellen und sachgerechte Entscheidungen treffen wollen. Clausewitz hat solche Entwicklungen im Blick gehabt, wenn er schreibt, dass „die ursprünglichen Absichten im



Laufe des Krieges [der gewaltsamen Krise, d. Verf.] sehr wechseln und zuletzt ganz andere werden können, eben weil sie durch Erfolge und durch die wahrscheinlichen Ergebnisse mitbestimmt werden“ (S. 50).

Das Assad-Regime hat all seine verfügbaren militärischen Mittel, einschließlich seiner SCUD-Raketen, zum Einsatz gebracht [außer chemischen/biologischen Waffen] und verspricht sich offensichtlich aus der Asymmetrie seiner verfügbaren Luftmacht gegenüber den Rebellen besondere Vorteile. In einer solchen Situation, wo der eine den anderen im Gegen-Handeln weiter bis zum Äußersten drängt, können, ja wollen beide Seiten z.B. die Minimierung von zivilen Kollateralschäden nicht mehr zur Grundlage ihres Einsatzes machen. „Es geht jetzt um die ganze Macht“, konstatiert W.G. Lerch in der FAZ am 19.07.12

Bei aller Ungleichheit der Kräfte und Mittel sind beide Gegner (noch) überzeugt, dass sie ihr(e) Ziel(e) erreichen können. Dabei spielt neben der Einschätzung der eigenen und gegnerischen Kräfte und Verhältnisse auch die Beurteilung der Verbindungen und der Unterstützung durch jeweils andere Staaten und Organisationen eine wesentliche Rolle – ganz im Sinne der Lagebeurteilung nach Clausewitz (S. 659).

Die Türkei im Kontext des Syrienkonflikts

Die Außenpolitik der Regierung Erdogan stand in den Jahren vor Beginn der „Arabellion“ unter dem Grundsatz: Null Probleme (mit den Nachbarn der Türkei). Diese Perspektive schien sich mit der ersten Phase des „arabischen Frühlings“ noch zu verbessern. Denn die Türkei konnte sich selbst und wurde von anderen durchaus als ein mögliches Modell für einen (einigermaßen) demokratischen Staat mit überwiegend muslimischer Bevölkerung gesehen. Allerdings waren schon zu diesem Zeitpunkt die Beziehungen zum Iran und Irak keineswegs spannungsfrei.

Die Entwicklung in Syrien seit März 2011 stellte die Türkei frühzeitig vor die Frage, ob und wie lange sie Assad (mit dem Erdogan zuletzt ein enges persönliches Verhältnis dargestellt hatte) und sein Regime unterstützen oder dulden könne. Vom März 2011 mit dem Aufruf an Assad, Reformen vorzunehmen und ihn dann zu unterstützen, über die Warnung, im November, dass Assad sich mit Panzern und Kanonen nicht dauerhaft halten kann, spitzte sich der Gegensatz zum Assad-Regime im Sommer mit einem Raketenbeschuss von syrischer Seite auf einen Ort in der Türkei entscheidend zu.

Der politische Zweck eines stabilen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisses mit Syrien war mit bisherigen Mitteln nicht (mehr) erreichbar. Es gilt für die weiteren Maßnahmen, die emotionale Orientierung in der eigenen Bevölkerung zu berücksichtigen und eigene Ziele mit den verfügbaren Mitteln in Einklang zu bringen. Dabei bilden die Entwicklung der Kurden in Syrien – wie im Irak, die Kämpfe zwischen Rebellen und Regime in unmittelbarer Grenznähe und die sich zuspitzende Lage der wachsenden Flüchtlingszahlen die unmittelbar wirkenden Parameter. Mit Blick auf seine Bevölkerung weiß der türkische Ministerpräsident, dass sie keinen Krieg gegen Syrien will. Andererseits erwartet sie klare und harte Positionen bei militärischen Übergriffen aus Syrien und das Verhindern verstärkter PKK Aktionen in der Türkei von Basen in der Kurdenregion Nord-Syrien.

Das seit über einem Jahr bestehende und nun verstärkte Ziel einer Abdankung oder einer Ausschaltung Assads kann die Türkei mit eigenen Mitteln allein nicht erreichen. Für das erste benötigt sie die internationale Unterstützung, für das zweite eine wachsende gemeinsame Handlungsfähigkeit der Rebellen, möglichst unter der neu gebildeten Nationalkoalition und der „freien syrischen Armee“. Die heftige öffentliche Kritik Erdogans am UN Sicherheitsrat Mitte Oktober unterstreicht, dass er sich dieser Abhängigkeit bewusst ist.



Das gilt auch für die NATO, die die Südgrenze der Türkei für gleichermaßen schützenswert erklärt wie alle Außengrenzen der NATO, zugleich aber es bis Ende Oktober 2012 bei diplomatischer Erklärung der Solidarität beließ und auf türkische Besonnenheit und Deeskalation setzt. Ohne internationale Verhandlungsfortschritte, ohne international durchgesetzte Flug- und Panzerverbotzonen und/oder wenigstens die Einrichtung von Schutzzonen bleiben Erdogans Mittel, zum Ende des Assad Regimes beizutragen, eng begrenzt.

Und je mehr Assad die Kurden zur Unterstützung der PKK und Eigenständigkeit ermutigt oder gar zu grenzüberschreitenden Aktivitäten, um so schwieriger wird die Lage für die Regierung Erdogan. Er wird dann auch in Nord-Syrien – wie schon im Nord-Irak – nicht um luft- und bodengestützte Einsätze gegen PKK oder andere terroristische Zellen herumkommen, um den Erwartungen seines Parlaments und der Mehrheit seiner Bevölkerung zu entsprechen. Ob es klug war, in dieser schwierigen Lage, mit Blick auf die erfolgte Eintrübung des Verhältnisses zu Russland, ein Flugzeug aus Moskau mit russischen Passagieren und Militärgesetz für Syrien in Ankara zur Landung zu zwingen, wird die weitere Entwicklung zeigen müssen.

Versucht man ein Zwischenfazit, kann festgehalten werden, dass die Türkei auf ihrem Weg zur maßgeblichen Regionalmacht zurückgeworfen worden ist. Sie muss vielmehr alle internationalen Organisationen wie UN, NATO und Arabische Liga, zum Handeln bringen und zusätzlich bilateral viele Staaten zur Unterstützung der Rebellen auch über türkisches Territorium gewinnen, um den Weg zu einer politischen Neuordnung in Syrien zu beschleunigen und in jedem Fall eine übergroße Autonomie oder gar Selbständigkeit der Kurden im Norden zu verhindern. Es sind vor allem die USA und Frankreich, die in diesem Fall öffentlich wie verdeckt türkische Aktivitäten unterstützen und über die Türkei selbst aktiv werden.

Die Vereinigten Staaten von Amerika

Die gewalttätige Niederschlagung der Demonstrationen durch Assad und sein Regime seit März 2011 und sein Krieg gegen die Rebellen, die er als Terroristen anklagt, und gegen die eigene Bevölkerung, führten die Obama Administration, insbesondere im Wahljahr, in ein Dilemma.

Während die USA wie die EU und viele weitere Staaten im Westen und in der arabischen Welt sehr früh die Abdankung Assads forderten als Voraussetzung für einen politischen Dialog, hatten sie ihre Mittel von vorneherein auf die nichtmilitärischen begrenzt. Dies lag vor allem darin begründet, dass es bei allem Abscheu vor der Gewalt Assads gegen seine Bevölkerung in der amerikanischen Bevölkerung, der Öffentlichkeit und im Kongress keine Unterstützung für ein eigenes militärisches Eingreifen in die syrische Krise und dann noch weniger in den inzwischen stattfindenden Bürgerkrieg gab – und gibt. Formal blieben solche Überlegungen auch deshalb theoretisch, weil die russische und chinesische Position im VN Sicherheitsrat jede denkbare Resolution für einen wie auch immer begrenzten Einsatz nach Kapitel VII der VN-Charta in der Syrien Krise ausschloss.

Für die USA ging und geht es nicht um ein direkt gegen sie gerichtetes Gegen-Handeln. Die Fragen nach dem politischen Zweck in dieser inzwischen zum Bürgerkrieg gesteigerten Krise mit direkten Gewaltaktionen auch im Libanon, Jordanien und in der Türkei ergeben sich aus der Gesamtlage der Region und den Positionen der anderen Großmächte im VNSR. Der Schutz der Zivilbevölkerung, der in der Libyen Krise zum „ersten“ Zweck avancierte, blieb hier weitgehend im Deklaratorischen. Wichtiger wurden der Zweck der Begrenzung/Eindämmung des Konflikts und dann die Bildung einer neuen politischen Ordnung in Syrien.



Es waren und sind v.a. drei Entwicklungen, die die USA im eigenen und geopolitischen Interesse bei Zwecken und Zielen im Auge haben (müssen):

1. die Gefahr eines „failed state“ oder eines islamistischen Syriens;
2. den möglichen Zugriff von Al Qaida Kräften auf das chemische Waffenarsenal Syriens und
3. der Einsatz von chemischen Waffen durch Assad gegen seine Bevölkerung.

Wesentliches Ziel in der Krise war sehr früh und bleibt die Abdankung/Ausschaltung von Assad. Das Maß der Mittel, um die Zwecke und das erste Ziel zu erreichen, wurde sehr früh auf die nichtmilitärischen begrenzt. Das gilt immer noch für die klare Begrenzung der direkten Unterstützung der Opposition/Rebellen auf „non lethal“ (nicht-tödliche) Mittel, in der Tat weitgehend auf Kommunikations- und Führungsmittel sowie nachrichtendienstliche Information aus und in unterschiedliche Kanäle der Rebellen und Milizen.

Ob und wie Obama seine Ziele und Mittel der Krisenbewältigung in und um Syrien nach seiner gelungenen Wiederwahl neu fassen wird, bleibt abzuwarten. Richard Cohen stellte in der Washington Post vom 14.08.2012 fest: Alle schrecklichen Dinge, die bei einer U.S. Intervention hätten eintreten können, geschehen jetzt: Vom Aufstand zum Bürgerkrieg, Nachbarländer sind einbezogen, eine Flüchtlingskrise steigt weiter, Dschihadisten sind Teil des Kampfgetümmels, der Todeszoll steigt – inzwischen auf über 40.000 und mehr. Das Schlimmste sei eingetreten, vielleicht weil die Besten nicht handelten, so Cohen³. In der Krise gilt die Einsicht von Clausewitz, dass die ursprünglichen Absichten im Verlauf sehr wechseln und zuletzt ganz andere werden können, eben weil sie durch Erfolge/Misserfolge und durch die wahrscheinlichen Ergebnisse mitbestimmt werden (S. 50)

Nach dem 6. November 2012 wird eine zurückhaltende, ja ablehnende Haltung in der Bevölkerung für ein aktives, robusteres Handeln in der Syrienkrise nicht mehr kurzfristige Auswirkungen auf Wahlentscheidungen haben können. Und es mag kein Zufall sein, dass am Tag nach der Wahl zu hören war, dass die Türkei in Brüssel die Unterstützung mit Flugabwehreinheiten von NATO Staaten an der Südgrenze der Türkei beantragt. Anfang Dezember 2012 hat der Nordatlantikrat auf Ebene der Außenminister beschlossen, die Türkei mit der Verlegung von Patrioteinheiten an dessen Südgrenze zu unterstützen.

Neben politischen Initiativen mit der Opposition in Syrien und Ländern der Region werden auch erneut Anläufe zu erwarten sein, um Russland und China zu gemeinsamem Handeln im VNSR zu bewegen. Denn die oben genannten drei Entwicklungen sind auch für Russland mit hohem Risiko verbunden und können Putin zu einer neuen Beurteilung veranlassen.

³ David Singer zitiert in der New York Times in seinem Beitrag am 17.11.12 Senator McCain: „every bad thing that we predicted would happen if we intervened – instability in Jordan, Lebanon, and Turkey – is already happening anyway“
www.nytimes.com/2012/11/18/world/middle-east-challenges-obamas-light-foot



Die Russische Föderation

Russlands Veto gemeinsam mit China gegen jede klare Verurteilung des Assad-Regimes beruht in erster Linie darauf, dass Assad der letzte russische Verbündete am Mittelmeer und im Mittleren Osten ist – und möglichst bleiben soll. Allerdings benutzt Russland als Begründung das völkerrechtliche **Argument** gegen Intervention in die inneren Angelegenheiten, den **Hinweis**, dass der Westen das Libyen Mandat zum Schutz der Zivilbevölkerung zum Regime Wechsel missbraucht hat, und die **Feststellung**, dass die Rebellen und Terroristen für die Gewalt mit verantwortlich sind. Deshalb sei eine einseitige Verurteilung des Assad-Regimes nicht akzeptabel. Mit dieser Position hat Putin das massive Vorgehen Assads faktisch unterstützt und „entschuldigt“.

Auch für Russland geht es in dieser Krise nicht um ein direkt gegen es gerichtetes Gegen-Handeln. Allerdings ergeben sich für Russland die Fragen nach dem politischen Zweck in der zum syrischen Bürgerkrieg eskalierten regionalen Gesamtlage vorrangig dadurch, wie es gelingen kann, den Flottenstützpunkt in Tartus und damit einen machtpolitischen Fußabdruck an der Mittelmeerküste aufrechtzuerhalten. Bisher versuchen die Russen dies durch politischen Schutz Assads gegen Sicherheitsresolutionen und das weitere, möglichst unauffällige Beliefern Syriens mit militärischem und anderem Nachschub. Das Ziel politischer Verhandlungen der Konfliktparteien zur Krisenbewältigung unter Einschluss Assads ist risikoreich. Denn alle Oppositionsgruppen und Rebellen lehnen dies ab und Assad und seine Kräfte haben erhebliche Schwierigkeiten, sich der Angriffe mit durchschlagendem Erfolg zu erwehren.

Es ist schwer auszumachen, ob die russische Regierung die Wahrscheinlichkeiten künftiger Entwicklungen realistisch beurteilt, und welche Entscheidungspunkte sie vorgesehen hat, wenn die Lage für Assad sich negativ entwickelt. Zurzeit erweckt sie den Eindruck, dass sie alles auf die Karte eines politischen Verhandlungsprozesses unter Beteiligung von Assad setzt. Und mit dieser Position nimmt sie nicht nur die unabsehbaren Gewaltaktionen des Assad Regimes mit ständig steigenden Opferzahlen in Kauf, sondern sie gerät in der internationalen Gemeinschaft ins Abseits. Frau Clinton machte schon im Februar 2012 klar, dass Moskau mit seiner Position mitverantwortlich wird für weitere Massaker – z.B. im Juli 2012 in Aleppo. Und der Vizeaußenminister von Katar wird mit der Bemerkung zitiert, dass die russische Rückendeckung für Assad „eine Lizenz zum Töten sei“.

Wenn das schief geht, kann sich Russland einer neuen politischen Ordnung gegenübersehen, in der diejenigen Gruppen ausschlaggebend sind, die die russische Unterstützung des brutalen Handelns von Assad bzw. dessen Entschuldigung mit dem Kampf gegen terroristische Kräfte nicht vergessen haben werden. Auch ein islamistischer Staat oder gar für unbestimmte Zeit ein „failed state“ auf syrischem Territorium haben nicht nur Konsequenzen für russische Präsenz in Tartus, sondern auch Auswirkungen mit einer stärkeren Aktivität von Islamisten und transnationalen Terroristen in den muslimisch geprägten Republiken im Nordkaukasus und Asien. Es mag sein, dass dann und erst dann auch die Befindlichkeiten seiner eigenen Bevölkerung eine wichtige Rolle bei Putins Entscheidungen spielen werden.

Es wird darauf ankommen, dass er mit dem Clausewitzschen „Takt des Urteils“ oder neudeutsch „sound judgement“ ausmacht, wann und wie sich die Natur der Krise ändert und sein eigenes Handeln danach anpasst. So kann es sein, dass ein gemeinsames Handeln im und mit dem VNSR Russland eine künftige Präsenz seines Flottenstützpunktes ggf. eher sichern könnte als das Beharren auf einem sehr unwahrscheinlichen Ausgang unter Einbeziehung von Assad.



Frankreich

Bevölkerung und Regierung in Frankreich haben seit Beginn der Demonstrationen gegen Assad in syrischen Städten auf der Seite von Demonstranten, Opposition, Rebellen und der „freien syrischen Armee“ gestanden. Sehr früh wurde das mit der Forderung nach dem Rückzug von Assad verbunden, um eine neue politische Ordnung auf den Weg zu bringen.

Für Frankreich gab es neben den humanitären Herausforderungen das nationale Interesse, in der Levante mit einer von ihm beeinflussten/unterstützten politischen Neuordnung seinen Einfluss zu wahren.

Aber alle Anstrengungen, gemeinsam mit Großbritannien und den USA im VNSR eine Resolution zur klaren Verurteilung Assads zu erreichen, blieben erfolglos. Um ihren politischen Zweck zu verwirklichen, unterstützt die französische Regierung die Sanktionen der EU und setzte früh sich mit Nachdruck für die Bildung einer Übergangsregierung ein.⁴ Präsident Hollande hat nach seiner Wahl zum französischen Präsidenten im Mai erklärt, dass er diese dann sofort anerkennen würde, um der Bewegung gegen Assad weiteren Schwung zu verleihen. Im Zusammenhang mit dem Massaker im Sommer äußerte er auch – anders als z.B. der deutsche Außenminister – dass er militärische Maßnahmen gegen das Assad-Regime nicht ausschließe. Allerdings fügte er an, dass dazu eine Resolution des VNSR erforderlich sei.

Damit hat er einen Teil seiner Bevölkerung „bedient“, konnte die „Schuld“ für Nichthandeln auf Russland und China „abladen“ und brauchte zugleich kein militärisches Mittel mit einem hohen Risiko einzusetzen. Dazu hat Bernard-Henri Lévy im August 2012 in der ZEIT geäußert, dass er den Hinweis auf das russisch-chinesische Veto nicht für ein Argument sondern ein Alibi halte. Er setzte sich in Frankreich dafür ein, dass eine Flugverbotszone (no fly-zone), eine Zone gegen Panzerbewegungen (no drive-zone) und eine Schutzzone (no kill-zone) in den Nordprovinzen Syriens eingerichtet werden. Letzteres wäre auch ein Mittel, um die Flüchtlingsbewegungen in die Türkei zu begrenzen.

Die französische Regierung hat diese Krise in und um Syrien auch genutzt, um durch Zusammenarbeit mit der Türkei in kritischer Lage, das durch die erklärte Ablehnung einer türkischen EU Mitgliedschaft getrübt Verhältnis zu verbessern.

Hier kann man erkennen wie eine Vielzahl politischer Zwecke sich in einer gegebenen Situation verfolgen, ja zielstrebig umsetzen lassen. Jedes Ausgreifen der Krise in den Libanon wird die französischen Aktivitäten interesselgeleitet erhöhen. Denn hier liegt seit dem Ersten Weltkrieg ein Schwerpunkt französischer Einflussnahme. Ob die französische Regierung mit einer positiven Haltung und aktiven Unterstützung der syrischen Opposition und Rebellen die geschichtliche Verantwortung Frankreichs vergessen machen kann, 1919 ein unabhängiges Syrien verhindert zu haben, werden die weiteren Entwicklungen ergeben müssen. Nach Bildung der syrischen Nationalkoalition am 11. November 2012 hat Frankreich als erstes europäisches Land diese als einzige legitime Vertretung des syrischen Volkes anerkannt und sich für eine Lockerung des Waffenembargos eingesetzt, um mit Flugabwehrwaffen die befreiten Zonen gegen Angriffe von Assads Kampfflugzeugen und Hubschraubern zu verteidigen.

⁴ Am 11.11.12 wurde in Katar die syrische Nationalkoalition gebildet, die seit dem Treffen der Freunde des syrischen Volkes in Marrakesch Anfang Dezember über 100 Staaten, einschließlich der USA als legitime Übergangsregierung anerkannt haben.



Die Europäische Union

„Assad hat keinen Platz in der Zukunft Syriens“ Diese Aussage von Catherine Ashton Anfang Februar 2012 im Europäischen Parlament bestätigt Forderungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten (MS) seit dem Frühjahr 2011. Der Konflikt in Syrien dauert nun fast zwei Jahre. Das Ziel, Assad „aus dem Spiel zu nehmen“, ist nicht erreicht und die „Militarisierung“ des Konflikts zu einem Bürgerkrieg mit schon über 40.000 Opfern und mehr als 500.000 Flüchtlingen verläuft ungebremst.

Da die EU und ihre MS sehr früh in der sich entwickelnden Krise entschieden hatten, dass sie für ihren politischen Zweck, eine neue politische Ordnung nach demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen nach Assad, nur nichtmilitärische Mittel einsetzen würden, kommt das jetzige Szenario eines brutalisierten Bürgerkrieges nicht überraschend. „Reden, Reden, Reden“ lautete eine Überschrift in der ZEIT vor einigen Monaten. Die Schlussfolgerungen des Allgemeinen Rates der Außenminister und des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs bewegen sich in den Worten von Besorgnis, Empörung, Verurteilung und Warnung mit Blick auf die seit fast zwei Jahren steigende Gewaltspirale.

Die kontinuierliche Addition sog. restriktiver Maßnahmen (Vermeidung des Wortes Sanktion) haben die EU ihrem Ziel, das Assad-Regime zu beenden und einen „Post-Conflict“ Prozess in Gang zu bringen, nicht näher gebracht. Die Politik mit nichtmilitärischen Mitteln, gekrönt durch den Verzicht, ja das Verbot Waffen an alle syrischen Parteien zu liefern, hat keine „beruhigende“ Wirkung gehabt. Andere Länder sind zur Bewaffnung der Opposition in die Bresche gesprungen oder haben diese Chance für eigene politische und ökonomische Zwecke genutzt. Die Anregung Frankreichs nach Bildung der Nationalkoalition aus unterschiedlichen Oppositions- und Rebellengruppen Anfang November 2012, Waffenlieferungen an die Opposition zu ermöglichen, fand bei der EU und den MS skeptische bis ablehnende Aufnahme. Das zeigt, dass das Maß der Mittel, das die EU und ihre MS für das Ende der Herrschaft von Assad nutzen will, begrenzt bleibt, was nicht zuletzt eine Inkaufnahme vieler weiterer Opfer bedeuten wird.

Der Eindruck hat sich verstärkt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten neben den begrenzten Maßnahmen zu humanitärer Hilfe, einigen unterstützenden Maßnahmen der Nachbarländer Türkei, Jordanien und Libanon, sich vor allem darauf konzentrieren, wie Syriens Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität nach Ende des blutigen Bürgerkrieges gewahrt und der zerbrochene Zusammenhalt der unterschiedlichen religiösen Gruppen der Bevölkerung wieder hergestellt werden kann.

Am Beispiel des Handelns der EU, die wie der Westen insgesamt, sich früh gegen eigene militärische Maßnahmen in Syrien entschieden hatte, weil diese nach ihrer Bewertung zu einer Destabilisierung der Region führen würden, ist erkennbar, dass sie nun erstens eher Beobachter des sich „Ausblutenlassens“ eines Bürgerkrieges ist und dass eben die negativen Folgen, die einem militärischen Eingreifen zugeordnet wurden, nun weitgehend eingetreten sind. Ein Vorteil für die westlichen Staaten ist, dass keine eigenen Verluste zu beklagen sind, die Nachteile sind z.B., dass die mögliche Einflussnahme auf die gegnerischen Kräfte und Gruppen erschwert, wenn nicht verhindert wird, da andere Akteure, wie z.B. Saudi-Arabien und Katar mit ihrer direkten Unterstützung der Rebellen sich eine günstigere Position verschafft haben.

Die weitere Entwicklung in Syrien und den benachbarten Staaten ist nicht exakt vorauszusehen. Es sind die Wahrscheinlichkeiten und Zufälle, die internen und externen Friktionen – auch durch Fehleinschätzungen der Wirkung einer Maßnahme auf das Handeln der Gegner und anderer Akteure – und im blutigen Bürgerkrieg v.a.



die Leidenschaften und der Hass der Menschen in den kämpfenden Gruppen, die jedwede Abschätzung erschweren. Zu letzterem sagte schon im März 2012 der damalige Sprecher des syrischen Nationalrates, Bassam Ishak in der ZEIT auf die Frage, wie lange bei der Stärke von Assads Armee, insbesondere der Luftwaffe die Kämpfe noch weitergehen sollen: „... Das kann nur das syrische Volk entscheiden und niemand von außerhalb.... Je brutaler das Regime wurde, desto größer wurden auch die Protestzüge. ... Auch eine Armee von 300.000 Soldaten kann nicht dauerhaft das Volk bekämpfen. Das Regime wird fallen“ (ZEIT, Nr. 11, S.7, 08.03.2012).

Kann und soll die EU diesen Zeitpunkt einfach abwarten und weiter mit deklaratorischen Erklärungen begleiten oder kann und sollte sie das Eintreten dieses Falles unterstützen, ja beschleunigen? Die EU folgt einem Kurs, bei dem sie sich „der Resolutionsverwässerung der Russen“ anpasst und faktisch den Zustrom von Kräften und Mitteln durch andere Akteure akzeptiert. Man kann die Frage stellen, ob es für die EU und den Westen insgesamt – mit den USA und der NATO – einen Punkt geben wird, bei dem aktives, auch militärisches Handeln geboten ist – unabhängig davon, ob eine UNSR Resolution dazu vorliegt – weil inakzeptable Folgen für Syrien und die Region weiteres Zuwarten im eigenen Interesse und nicht nur aufgrund der Schutzverantwortung für die Menschen (responsibility to protect) nicht gestattet. Mit der Bildung der syrischen Nationalkoalition Anfang November werden diese Fragen wieder entscheidungsträchtig.

Hinweise für weiterführende Überlegungen

- Jeder der lokal, regional und global handelnden Akteure, der direkte oder indirekte Interessen in der Entwicklung der syrischen Krise hatte und hat, kann sein Urteil und seine Entscheidungen über eigene Ziele und nötige/zweckmäßige Mittel nur „aus dem Gesamtüberblick aller Verhältnisse“ entwickeln, „in welchem die individuellsten Züge des Augenblicks mitverflochten sind“ (S. 659). Dieses Urteil kann, wie in jeder dynamischen, komplexen, von Unsicherheiten gekennzeichneten Entwicklung „niemals rein objektiv sein, sondern es bestimmt sich nach den „Geistes- und Gemütskräften“ der Handelnden. Clausewitz unterstreicht, dass es unmöglich sein würde, durch eine bloß schulgerechte Überlegung der Mannigfaltigkeit Herr zu werden. Das „Abwägen dieser mannigfachen und mannigfach durcheinandergreifenden Gegenstände ist eine große Aufgabe“ und es bedarf gebildeter und durch Erfahrung und Wissen zum Können gelangter Entscheidungsträger, „hierin schnell das Rechte herauszufinden“ (S.659).
- Schon die unvollständige Betrachtung einer kleinen Auswahl der Akteure auf drei Ebenen oder quasi konzentrischen Kreisen macht klar, dass – im Sinne der Einsichten von Clausewitz – beim Assad Regime und den kämpfenden Rebellen der Wille zum Äußersten zu erkennen ist, nämlich den anderen wehrlos zu machen und ihm seinen Willen aufzuzwingen. Hier findet statt, was Clausewitz im ersten Kapitel seines Werkes formuliert: „... so muss der, welcher sich dieser Gewalt rücksichtslos, ohne Schonung des Blutes bedient, ein Übergewicht bekommen, wenn der Gegner es nicht tut. Dadurch gibt er dem anderen das Gesetz und so steigern sich beide bis zum äußersten, ohne dass es andere Schranken gäbe als die der inwohnenden Gegengewichte“ (S.28). Bei den benachbarten Staaten und den Großmächten finden zwar durchaus Aktionen statt, die diesen sozusagen lokalen Willen zum Äußersten unterstützen (Russland für Assad; Türkei, Arab. Liga, Frankreich, USA [bedingt] für die Opposition/Rebellen), aber zugleich beschränken sie ihr eigenes „Maß der Mittel“ auf die nichtmilitärischen Elemente. Diese unterschiedliche Haltung erklärt sich natürlich neben der Unsicherheit – wie oben festgestellt – was eigenes militärisches Eingreifen



für ungewollte Folgen haben könnte, vor allem dadurch, dass eigene existenzielle oder auch nur vitale Interessen nicht direkt betroffen sind.

- Für die USA, die Türkei und die EU kann für ihr Handeln in der Methode von Zweck – Ziel – Mittel Relationen konstatiert werden, dass sie ihren ersten Zweck, eine Lage ohne Assad herbeizuführen, selbst nur mit nichtmilitärischen Mitteln verfolgen und bei ihrer Unterstützung von Opposition und Rebellen bisher explizit Waffenlieferungen ausschlossen. Damit nahmen und nehmen sie eine unabsehbar lange Krise mit einem sich radikalisierenden Bürgerkrieg in Kauf. Inwieweit die zugesagte Unterstützung der Anfang November 2012 in Katar in einem mühsamen Prozess gebildeten „Syrischen Nationalkoalition für Opposition und Revolutionäre Kräfte“ neue Entscheidungen über Art und weitere Mittel für den selbst gesetzten Zweck hervorbringen wird, wird sich zeigen müssen.
- Ob, wann und wie die russische Regierung ihr Ziel, an Assad und seinem Regime festzuhalten, variieren oder aufgeben wird, ist zur Zeit eine offene Frage. Jede Änderung erscheint aber schon jetzt zu spät, um in einer neuen politischen Ordnung Syriens ihren politischen Zweck, mit Tartus eine Marinebasis im Mittelmeer zu behaupten, noch realistisch erreichen zu können. Wenn Russland im Zuge einer neuen politischen Ordnung den Flottenstützpunkt verlieren sollte, wird es im Rahmen der Bestimmungen des Meerengenvertrags von Montreux von 1936 für die Dardanellen, den Bosphorus und das Marmarameer (Turkish Straits) eine permanente Präsenz ihrer Seestreitkräfte im Mittelmeer nur unter erschwerten Bedingungen erreichen können.
- Blickt man auf die sehr abgestuften Reaktionen zugesagter Unterstützung in den USA, der EU und ihrer MS, aber auch bei den Golfstaaten und der Arabischen Liga z.B. nach Bildung der Nationalkoalition ist die Einsicht von Clausewitz berechtigt, „dass ein Staat, der in der Sache eines anderen auftritt, diese (niemals) so ernst nimmt wie seine eigene“ (S. 680). Dabei sind die Gründe für diese Abstufung sehr verschieden. Wer ein starkes Interesse hat, dass das Assad Regime endet und dazu in seiner Bevölkerung Zustimmung erhält, wird stärkere Unterstützung zusagen, als derjenige, der sich nicht sicher ist, wen er da im Einzelnen gegen Assad unterstützt und dessen Bevölkerung mehr als eine gewisse politische und finanzielle Unterstützung nicht mitträgt. Die schnelle Anerkennung der Nationalkoalition als einzige legitime Vertretung des syrischen Volkes durch Präsident Hollande zeigt eine andere Orientierung als die Zusicherung des deutschen Außenministers, Scheich Moaz al Katib zu unterstützen „bei dem Bemühen, eine geeinte Plattform der Opposition und eine glaubwürdige Alternative zum Assad-Regime aufzubauen“. Zwischen dem Golf Kooperationsrat und anderen Staaten der Arabischen Liga lassen sich ähnliche Unterschiede bei der Zusammenarbeit mit der Nationalkoalition erkennen. Diese Situation unterstreicht die Bedeutung des jeweiligen politischen Zwecks in Verbindung mit der Stärke oder Schwäche des Motivs zum Handeln.
- Krise und eskalierender Bürgerkrieg in Syrien mit den Gewaltausbrüchen, den Flüchtlingen, dem Leiden der Zivilbevölkerung und dem punktuellen Ausgreifen der Gewalt in die Nachbarstaaten sind beispielhaft dafür, dass sich die Natur des Konflikts, d.h. Form, Inhalt und Gestalt ändern und damit auch Zwecke und Ziele sich ebenso verschieben können, wie Leidenschaften, Hass und Feindschaft zunehmen oder sich verringern können.
- Der Bürgerkrieg in Syrien ist Teil des gesellschaftlichen Lebens dieses Landes, bei dem große Interessen blutig ausgekämpft werden. Darüber hinaus strahlt er aber nicht nur auf die Nachbarstaaten aus, sondern

er wird auch lokal, regional und global auf den verschiedenen Seiten der Kämpfenden offen oder verdeckt, mit nichtmilitärischen oder militärischen Mitteln und Maßnahmen von Staaten, internationalen Organisationen oder anderen nichtstaatlichen Gruppen beeinflusst. Dabei geht es in der Regel nicht (nur) um humanitäre Hilfe, sondern um eigene politische und wirtschaftliche Interessen. Und auch heute spielen wie früher geopolitische und geostrategische Vorstellungen eine Rolle, die allerdings nicht mehr durch territoriale Eroberungen sondern eher durch das Gewinnen von Einflussphären konkretisiert werden.

- Aus dem Konflikt mit brutaler Gewaltanwendung in Syrien wieder Sicherheit und Stabilität eines Landes und einer Region unter Gegebenheiten zu erreichen, die für die Großmächte USA und Russland, aber auch die EU oder die Golfstaaten, um nur eine Auswahl zu erwähnen, akzeptabel sind, bedeutet bei unterschiedlichen Interessen zunächst Konkurrenz und nicht von vorneherein Kooperation. Für die unmittelbaren, kämpfenden Parteien in Syrien gibt es in der Analyse mit Clausewitz außer der Unfähigkeit zum ferneren Widerstande zwei Motive zum Frieden, zum einen die Unwahrscheinlichkeit zum anderen ein zu großer Preis des Erfolgs. Ob die amerikanische und die russische Regierung nach den U.S. Wahlen ihre gegensätzlichen Positionen hinsichtlich einer Abdankung Assads bzw. von Verhandlungen mit Einbindung Assads annähern können, ist offen und damit die Frage stärkeren Drucks, um die jeweils von den USA bzw. Russland unterstützten Gegner, ja Feinde vom massiven Gewalteininsatz zu Verhandlungen zu drängen.
- Der politische Zweck der unterschiedlichen Akteure, ihre Ziele und Mittel sind in den heutigen Krisen noch vielgestaltiger und veränderbarer als in den auf politisch gewollten Einsatz militärischer Mittel konzentrierten Kriegen des 20. Jahrhunderts, um dem Gegner seinen Willen aufzuzwingen. Das bedeutet, dass beim Handeln in der Krise alle Instrumente, die der Politik zivil und militärisch zur Verfügung stehen, bedacht werden müssen, um Zwecke und die Ziele mit angemessenem oder doch möglichst geringem Aufwand zu erreichen. Auch in dieser erhöhten Vielgestaltigkeit und Komplexität nationaler und internationaler Akteure mit direkten oder indirekten Interessen kann sich Planen und Handeln in Krisen-/Konfliktlagen an den Einsichten und der Methode orientieren, die Clausewitz für den realen Krieg mit Gegen-Handeln, Unsicherheiten, Friktionen, Wahrscheinlichkeiten und Zufällen und weiteren Elementen in seiner Theorie behandelt.

Abschließend zu Geist, Gemüt und „moralischen Größen“

„Der Geist und die übrigen moralischen Eigenschaften des Heeres [*der handelnden Armee Assads, der Rebellengruppen*], des Feldherrn [*der Generale Assads, der Führer z.B der „freien syrischen Armee*], der Regierungen [*in den konzentrischen Kreisen um Syrien bis zu den Großmächten*], die Stimmung der Provinzen [*Syriens und angrenzender Gebiete*], worin der Krieg geführt wird, die moralische Wirkung eines Sieges oder einer Niederlage [*das Auf und Ab des wogenden Bürgerkrieges*] sind Dinge, die an sich sehr verschiedenartig sind und in ihrer Stellung zu unserem Zweck und unseren Verhältnissen wieder sehr verschiedenartigen Einfluss haben können“ (S. 166).

Im bisher Gesagten war schon erkennbar, dass Einstellungen, Stimmungen und Leidenschaften von Bevölkerungen verschiedener Länder mehr oder weniger großen Einfluss auf die handelnden Personen oder Regierungsstrukturen haben, insbesondere in Krisen, Konflikten oder gar Kriegen.



Wenn der Bürgerkrieg und die ihn umgebenden politischen [ethnischen, religiösen], militärischen und ökonomischen Gegebenheiten, einschließlich der Folgen großer Flüchtlingsströme gekennzeichnet bleiben durch die Unsicherheit aller Nachrichten und Voraussetzungen, auch der Einmischung von Zufällen, dann folgt, dass der/die Handelnde(n) in diesem Konflikt die Dinge immer wieder anders findet, als er sie erwartet hat. Das bedeutet, ja verlangt ggf. gefasste Vorsätze und Pläne anzupassen oder gar umzustoßen. In der Dynamik der Krisenlagen können Entschlüsse drängen, ohne dass alle Daten verfügbar sind und die Zeit ausführliche und reifliche Überlegungen zulässt. Aber oft reichen die Kenntnis eingetretener Zufälle und die Berichtigungen eigener Vorstellungen nicht dazu, den Vorsatz ganz umzustoßen, sondern ihn nur wankend zu machen. Damit ist aber die Ungewissheit nicht verringert, sondern gesteigert (S. 64)

Eine Untersuchung der Führung von Assad und auch der Führung der Rebellen wird über die letzten 18 Monate viele Situationen dieser Art erkennen. Für die Handelnden der unmittelbar betroffenen Nachbarstaaten gilt dies in abgestufter Weise gewiss auch. Aber selbst für die regionalen Staaten und weitere Groß- und Mittelmächte ist dieser „beständige Streit mit dem Unerwarteten“ eine wesentliche Größe in der Krisenbewältigung. Es sind diese Merkmale, die Clausewitz' Aufmerksamkeit auf die Führungspersönlichkeiten lenken. Er konstatiert, dass ihnen „zwei Eigenschaften unentbehrlich (sind): einmal ein Verstand, der auch in dieser gesteigerten Dunkelheit nicht ohne einige Spuren des inneren Lichts ist, die ihn zur Wahrheit führen und dann Mut, diesem schwachen Licht zu folgen. Der erstere ist bildlich mit dem französischen Ausdruck *coup d'oeil* bezeichnet worden, der andere ist die Entschlossenheit“ (S. 64 f.)

Es wäre eine weitere detaillierte Untersuchung wert, die handelnden Führungspersönlichkeiten in den Regierungen der an der Syrienkrise beteiligten Staaten oder Gruppierungen zu betrachten nach „jener Legierung von Gemüt und Verstand, die wir – so Clausewitz in seinem Werk ‚Vom Kriege‘ – in der Entschlossenheit, Festigkeit, Standhaftigkeit und Charakterstärke kennengelernt haben“. Für Führungspersönlichkeiten auf politisch- und militärisch-strategischer Ebene, die er – aus heutiger Sicht einengend – als „kriegerischen Genius“ bezeichnet, fasst er zusammen, „dass sowohl der Blick auf den Gegenstand als auf die Erfahrung sagen, dass es mehr die prüfenden als schaffenden, mehr die umfassenden als die einseitig verfolgenden, mehr die kühlen als die heißen Köpfe sind, denen wir im Krieg [und in Krise wie Konflikt d.Verf.] das Heil unserer Brüder und Kinder, die Ehre und die Sicherheit unseres Vaterlandes anvertrauen möchten“ (S. 80 f.).

In den kommenden Monaten werden die Ereignisse in und um Syrien Entwicklungen hervorbringen, die wir nicht voraussagen können. Aber es ist möglich in kontinuierlicher Beurteilung der Lage als verantwortliche Regierung, z.B. in Deutschland, seine politischen Zwecke zu überprüfen und – wo geboten – anzupassen, um dann erreichbare Ziele zu setzen und diese mit hinreichenden nichtmilitärischen und ggf. militärischen Mitteln im Konzert mit Verbündeten, Partnern, der internationalen Gemeinschaft und den Akteuren im Bürgerkrieg selbst zielstrebig und standhaft zu verfolgen.

Anmerkung:

Der Beitrag gibt die persönliche Ansicht des Autors wieder.